

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsbl.“ u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. In amtlichen Zeilen die gespaltene Zeile 30 Pf.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

Nr. 50.

54. Jahrgang.
Sonnabend, den 27. April

1907.

Carlsfeld. Nachdem die Behändigung der **Staats- und Ergänzungsteuerzettel** auf das laufende Jahr erfolgt ist, werden nach § 46 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1900 und § 28 des Ergänzungsteuergesetzes vom 2. Juli 1902 diejenigen Beitragspflichtigen, welchen ihre Steuerzettel nicht behändigt werden konnten, hierdurch aufgefordert, wegen Mitteilung des Einschätzungsergebnisses, bezw. zum Zwecke der Nacheinschätzung bei hiesiger Ortssteuereinnahme sich zu melden. Der 1. Termin Staats- und Ergänzungsteuer ist fällig

am 30. April d. J.

und an die hiesige Ortssteuereinnahme zur Vermeidung zwangsweiser Beitreibung abzuführen. Carlsfeld, am 26. April 1907.

Der Gemeindevorstand.
Brandt.

Wildenthal.

Nachdem die Ergebnisse der diesjährigen Einkommen- und Ergänzungsteuereinschätzung den Beitragspflichtigen bekannt gemacht worden sind, werden in Gemäßheit der Bestimmungen

in § 46 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1900 bez. § 28 des Ergänzungsteuergesetzes vom 2. Juli 1902 alle Personen, welche hier ihre Steuerpflicht zu erfüllen haben, denen aber die Steuerzettel nicht haben behändigt werden können, aufgefordert, wegen Mitteilung des Einschätzungsergebnisses sich bei der hiesigen Ortssteuereinnahme zu melden. Wildenthal, am 24. April 1907.

Der Gemeindevorstand.
Dtt.

Sonnabend, den 27. d. J. Mts.,
vormittags 11 Uhr

sollen in der Restauration „Zentralfalle“ hier die daselbst eingestellten 12 Maß **Einsch.-Bier** (mit Ausschluß der Fässer) und **nachmittags 2 Uhr im Torfhaus** (Staatsforstrevier Eibenstock) das daselbst lagernde **Brennholz** (ca. 10 rm) an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung versteigert werden. Eibenstock, den 26. April 1907.

Der Gerichtsvollzieher des Kgl. Amtsgerichts.

Zur Abrüstungsfrage

veröffentlicht der Berliner Universitäts-Professor Friedrich Paulsen in der „Neuen Freien Presse“ einen bemerkenswerten Artikel, worin er zeigt, in welcher eigentümlichen Lage das deutsche Volk als das friedliebendste und zugleich das bedrohteste Volk der Erde auf dem Haager Kongress ist. Paulsen erucht die Engländer, sich einmal in die Lage Deutschlands zu versetzen, und fährt dann fort: Es scheint ihnen besonders schwer zu fallen, daher denn die immer wiederkehrenden Anklagen. Freilich, auch das ist begreiflich; das englische Volk sitzt gesichert auf seiner unangreifbaren Burginsel, es erinnert sich nicht, einen Feind auf seinem Boden gesehen zu haben; wie sollte es nicht mit Gelassenheit Abrüstungspläne erwägen, die ihm kaum gefährlich werden können? Seine Schiffsverwerfen und sein Werbeverfahren sind in jedem Augenblicke fähig, Versäumnisse einzubringen; und wie sollte es nun nicht aus der Empfindung der eigenen Sicherheit heraus bereit sein, anderen Völkern gleiche Gelassenheit in der Annahme seiner Vorschläge zuzumuten?

Die Lage des deutschen Volkes ist völlig anders. Es liegt eingeklemmt zwischen allen großen Militärmächten des Festlandes; seine Grenzen sind offen und ungünstig, durch einspringende Bollwerke besonders im Osten bedroht, sein Zugang zum Ozean ist verhältnismäßig leicht gesperrt, seine Seemacht jung und noch nicht im Kampfe erprobt. Im Osten stößt es an eine Macht, die zurzeit in ihrer Angriffskraft geschwächt sein mag, die aber den ungeheueren Vorteil hat, durch ihre Ausdehnung und geographischen Verhältnisse fast so unangreifbar wie England zu sein. Dazu ist sie unberechenbar und unübersehbar. Es kann Rußland demnach eigentlich gar nichts kosten, auf Abrüstungsentscheidungen einzugehen; es ist von niemand bedroht, und es kann in ihrer Ausführung schlechterdings nicht übermandet werden; was ist auf diesem ungeheuren, zwei Erdteile überspannenden Gebiete alles möglich, allein durch Verschiebungen möglich!

Im Westen grenzt Deutschland an die älteste und stolze Militärmacht Europas; und diese Macht ist noch immer von feindseligen Gefinnungen und Racheplänen, wie verwundeter Stolz sie eingibt, gegen Deutschland erfüllt; Frankreich könnte sich also auch gegen Abrüstungsentscheidungen sträuben. Es würde dies ohne Zweifel auch tun, wenn es nicht an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt wäre; der Stillstand der Bevölkerung macht eine weitere Steigerung der Kriegsmacht, wenigstens zu Lande, fast zur Unmöglichkeit. Unter diesen Umständen kann dem französischen Volke die Zustimmung zum „Gesetz des Stillstandes der Rüstungen“ nicht viel kosten; der Stillstand kommt von selbst, und es kann ihm nur erwünscht sein, wenn andere Völker, auch solche, die es nicht nötig haben, sich selber binden; seine Ausichten gewinnen dabei.

Zur See stößt Deutschland an England, die stärkste und stolze Seemacht der Welt. Ihre ungeheure Ueberlegenheit schützt sie vor jedem Angriff, läßt dagegen jeden Angriff auf andere als ein ziemlich leichtes und sicheres Spiel erscheinen. In einem Artikel der „Westminster Review“ (September 1906) von H. Hodgson wird gezeigt, daß die Herrschaft Englands zur See niemals mehr gesichert gewesen sei als in diesem Augenblicke, daß ein einziges Geschwader von „Dreadnoughts“, die unbeschränkte Herrschaft zur See gebe“, daß andererseits Englands Jahresausgabe für die Flotte von 17½ Millionen Pfund Sterling im Jahre 1896 auf 37 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1906 gestiegen sei. Daß es unter solchen Umständen England keinen schweren Entschluß kostet, einem Stillstande der Rüstungen zuzustimmen, ist verständlich; ein Höchstmaß von Aufwand und ein Höchstmaß von Sicherheit machen natürlich geneigt, den Schluß zu beantragen.

Das wären für Deutschland die drei großen Mächte im Wettlaufe um die militärische Ueberlegenheit. Professor Paulsen meint nun sehr richtig, es müsse dem, der die Dinge sehen will, wie sie sind, aus dieser Sachlage verständlich sein,

wenn Deutschland keine große Begeisterung für Abrüstungsentscheidungen zur Schau trägt. Es gibt in der Tat keine Macht, der die Zustimmung zu einer Festlegung der Rüstungen auf ein bestimmtes und zu übersehendes Höchstmaß schwerer fallen könnte. Nicht weil Deutschland vom bösen Geiste des Militarismus heimgesucht ist; es ist wohl stolz auf sein Heer, aber daß es nicht auf Krieg und Demütigung anderer ausgeht, hat es in 36 Friedensjahren mehr als zur Genüge bewiesen; sondern weil es einerseits durch seine politische und geographische Lage mehr als jede andere Macht Gefahren ausgeht ist, andererseits weil es als eine an Bevölkerung und Reichthum rasch wachsende Macht mehr als andere imstande ist, seine Wehrkraft zu Lande und zu Wasser zu steigern. Und dazu wolle man nicht vergessen, daß Deutschland in der Entwicklung als Weltmacht am meisten zurückgeblieben ist und vielfach erst nachzuholen hat, was andere Völker schon vor Jahrhunderten erreicht haben. Daß eine Macht in solcher Lage mit einiger Zurückhaltung den Abrüstungs- und Friedensvorschlägen gegenübersteht, sollte man ihr nicht zum Vorwurf machen.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Im Reichstage sind die Staatsverhandlungen gegenwärtig beim Militärstat angelangt. Dabei hat natürlich Bebel wieder seine übliche stundenlange Schimpfrede vom Stapel gelassen. Sein Ideal bleibt nach wie vor die schweizerische Miliz, obwohl auch der jüngste Schulknabe einsehen muß, daß die Verhältnisse der kleinen Schweiz sich unmöglich mit denen des großen Deutschen Reiches vergleichen lassen, und obwohl die Mängel des Milizwesens selbst für die Schweiz von militärischen Sachverständigen längst zur Genüge dargelegt worden sind. Einen trefflichen Ausdruck hat während der Debatten der preussische Kriegsminister von Einem getan, indem er mit starker Betonung hervorhob, daß wir kriegsfähig sind, kriegsfähig sein wollen und dafür sorgen werden, daß wir unter allen Umständen kriegsfähig bleiben, mögen die Verhandlungen über die Abrüstungsfrage auf der Haager Konferenz ausfallen wie sie wollen. Das war ein Wort zur rechten Zeit, das sicherlich in allen patriotischen Kreisen kraftvollen Widerhall finden wird. Wir sind ein friedliebendes Volk, aber wir wissen auch, daß die beste Schutzwehr des Friedens ein starkes und schlagfertiges Heer ist, und deshalb wollen wir für diese Stärke und Schlagfertigkeit allezeit Sorge tragen.

— Truppenübungsplatz Döberitz, 25. April. Als Se. Königliche Hoheit Prinz Eitel-Friedrich gestern den Dienst bei seiner Kompanie beginnen wollte, scheute das Pferd vor einer roten Signalfahne, die ein Unteroffizier trug. Das Tier schnellte mit dem Kopf in die Höhe und schlug den Prinzen so heftig gegen die Schläfe, daß derselbe bewußtlos vom Pferde sank. Die Meldung, daß der Prinz eine Gehirnerschütterung erlitten habe, ist unbegründet. Er klagte über heftige Kopfschmerzen, die aber bereits nachgelassen haben. Das Befinden hat sich überhaupt erheblich gebessert, so daß Seine Königliche Hoheit voraussichtlich am Sonnabend nach Potsdam zurückkehren können.

— Berlin, 24. April. Die vielfach laut gewordenen Klagen über die Vorherrschaft der Sozialdemokratie in den Krankenkassen haben die Regierung veranlaßt, der Frage der Verstaatlichung der Kassen näher zu treten. Eine dahin gehende Absicht ließ der Staatssekretär Graf Posadowsky in den letzten sozialpolitischen Debatten im Reichstage erkennen. Daß die Regierung die sozialdemokratischen Parteitagitoren, die heute in den Krankenkassen alle fetten Stellen besetzen, nicht mit übernehmen wird, liegt klar auf der Hand, und deshalb will man den Versuch machen, die Genossen wenigstens durch lebenslängliche Anstellung sicher zu stellen. Bei einer Verstaatlichung der Kassen würden dann die Herren entweder pensioniert oder anderweitig abgefunden werden müssen, was natürlich die Krankenkassen

selbst schwer belasten müßte. Eine der größten der Berliner Krankenkassen, die Ortskrankenkasse für das Gastwirts-gewerbe, hat in den nächsten Tagen Gelegenheit, zur der Frage Stellung zu nehmen. Von den Arbeitnehmerdelegierten liegt der Antrag vor, die (natürlich sozialdemokratischen) Beamten lebenslänglich anzustellen. Man darf gespannt sein, ob der Widerstand der Arbeitgeber, die in dieser Frage einig sind, genügen wird, um diese Schädigung der Krankenkasse und die Bevorzugung der Beamten zugunsten der sozialdemokratischen Partei fernzuhalten.

— Rußland. In der Duma wurde am Dienstag, wie aus Petersburg gebräht wird, der Kommissionsbericht über die Folterungen politischer Gefangener in den Gefängnissen und Arresthäusern der Ostseeprovinzen vom Abgeordneten Bergamont verlesen. Er bedete ungläubliche Zustände auf. In ihm heißt es unter anderem: Mit dem Beginn der Strafexpeditionen in den baltischen Provinzen begannen auch die Folterungen von Gefangenen, um von ihnen Geständnisse zu erpressen, die genügten, um sie erschließen zu lassen. In Riga wurde zum Zweck der Folterungen eine Kommission gebildet, bestehend aus dem Gehilfen des Chefs der politischen Polizei, mehreren Polizei-Kommissaren und Agenten. Diese Kommission war vom Staatsanwalt und der Gendarmerie-Verwaltung mit besonderen Instruktionen für ihre Tätigkeit versehen und vom Gouverneur mit dem Recht ausgestattet worden, politische Angeklagte ohne gerichtliches Verfahren zu töten. Den Verwaltungsbehörden, dem Staatsanwalt und dem Gendarmerieobersten waren die Martern und Folterungen, denen Gefangene unterzogen wurden, bekannt. Ein Gefangener wurde von einem Polizeikommissar niedergeworfen, worauf der Kommissar auf der Brust des Gefangenen so lange herumspang, bis ihm sämtliche Rippen gebrochen waren, und er fürchterlich leidend, mehrere Tage lang keine Nahrung zu sich nehmen konnte, bis er dann erschossen wurde. Ein anderer wurde solange auf die Waden geschlagen, bis alles Fleisch sich von den Knochen gelöst hatte. Einem dritten wurde das Geständnis, das man von ihm verlangte, buchstabenweise mit Rautschukknütteln auf den Rücken geschlagen. Diejenigen Gefangenen, die während der Folterungen nicht gestorben waren, deren Wunden aber nicht geheilt werden konnten, oder dauernde Spuren hinterließen, wurden nachts in der Nähe des Gefängnisses erschossen. Ein anderer Gefangener wurde von zwei Kosaken an Händen und Füßen gehalten und mit Gummiknütteln solange geschlagen, bis der Erdboden von Blut troff. Um Geständnisse zu erzwingen, wurden gefangene Weiber die Nägel von Fingern und Zehen gerissen, die Haare bündelweise ausgerissen, die Knochen an Armen und Beinen gebrochen. Die Martern und Foltern waren von der Polizeibehörde organisiert und unter ihrer Beteiligung ausgeführt. Ein Lehrer wurde gemartert, um das Geständnis zu erzwingen, er habe im Gouvernement Mohilew einen Polizeibeamten ermordet. Als sich herausstellte, daß er unmöglich der Mörder sein konnte, wurde er in das Gefängnis geschafft und nach etwa Monatsfrist wieder vorgeführt, um zu gestehen, daß er der Mithelfer Welenjow bei dem Moskauer Bankraub gewesen sei. Er wurde solange mit Rautschukknütteln geschlagen und mit Strangulation bedroht, bis er alles gestand. Ein anderer wurde erst mit Rautschukknütteln, dann mit Eisenstäben geschlagen, worauf er auf den Boden gelegt und in die Wunden Zucker gestreut wurde. Andere wurden „massiert“, indem man sie blutig schlug und die Wunden mit Salz einrieb. Ein anderer wurde auf eine Bank und auf seine Brust ein Brett gelegt, auf dem zwei Polizisten balancierten, bis das Rückgrat gebrochen war, worauf er erschossen wurde. — Die Richtigkeit dieses Berichtes wurde in allen wesentlichen Punkten vom Ministergehilfen Matarow anerkannt.

— Im ganzen Gebiete Petersburg macht sich, wie von dort gebräht wird, eine gewisse Erregung in den Arbeiterkreisen bemerkbar. Die Polizei hat umfassende Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung